

Verwaltungsgericht Berlin klärt Beteiligungsrechte der Naturschutzverbände

Das Verwaltungsgericht Berlin hat eine wichtige Entscheidung für die künftige Beteiligung der Naturschutzverbände in Berlin getroffen. Im Rahmen einer Feststellungsklage erreichte die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz e. V. (BLN), dass der Begriff der „Zulassung von Vorhaben“ aus § 39 a Abs. 1 Nr. 9 NatSchG Bln im Sinne des Naturschutzes vom Gericht ausgelegt wurde.

Zum Hintergrund: Die Bestimmung in § 39 a Abs. 1 Nr. 9 NatSchG Bln sieht vor, dass die Verbände **vor der Zulassung von Vorhaben, die mit nicht vermeidbaren und nicht ausgleichbaren Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden sind**, zu beteiligen sind. Den Verbänden steht in diesem Fall dann auch das materielle Verbandsklagerecht gem. § 39 b Abs. 1 NatSchG Bln zu.

Der Feststellungsklage der BLN lag ein Straßenausbauvorhaben zugrunde. Für den eigentlichen Straßenausbau war keine Genehmigung ergangen, allerdings wurden Bäume gefällt, für die es eine Fällgenehmigung nach der Baumschutzverordnung gab. Das Bezirksamt Treptow-Köpenick war der Ansicht, dass die Verbände hierbei nicht beteiligt werden müssen, da es sich bei der Entscheidung nach der Baumschutzverordnung nicht um die Zulassung eines Vorhabens im Sinne von § 39 a Abs. 1 Nr. 9 NatSchG Bln handle. Das Bezirksamt wollte diesen Begriff eng verstehen und eine Zulassung nur dann annehmen, wenn ein förmliches Verwaltungsverfahren, also ein Planfeststellungsverfahren, durchgeführt wird.

Die BLN argumentierte dagegen, dass dann die Vorschrift inhaltslos wäre, da die Beteiligung der Verbände in Planfeststellungsverfahren ohnehin über das Bundesrecht geregelt sei. Darüber hinaus habe der Berliner Gesetzgeber bei der Aufnahme dieser Bestimmung in das Naturschutzgesetz gerade einen weiten Anwendungsbereich gewollt.

Das Gericht folgte vollständig der Auffassung der BLN. Es geht ebenfalls davon aus, dass sowohl der Begriff der Zulassung als auch der Begriff des Vorhabens weit auszulegen sind und die Verbände immer dann zu beteiligen sind, wenn irgendeine Form der behördlichen Entscheidung für ein Vorhaben erforderlich ist oder dieses Vorhaben auch nur bei der Behörde angezeigt werden muss.

Wörtlich heißt es in der Entscheidung:

„Zulassung im Sinne des § 39 a Abs. 1 Nr. 4 a. F. bzw. Nr. 9 n. F. NatSchG BLN ist daher entgegen der vom Beklagten vertretenen Auffassung nicht nur das Ergebnis eines besonders ausgestalteten förmlichen Zulassungsverfahrens wie ein Planfeststellungsverfahren, sondern jede behördliche Bewilligung, Erlaubnis, Genehmigung, Zustimmung, Planfeststellung oder sonstige Entscheidung einer Behörde (vergl. § 15 Abs. 1 S. 1 NatSchG BLN). Vorhaben ist jede die Umwelt gestaltende, potentiell mit Eingriffen in Landschaft und Natur verbundene Maßnahme.“

Nicht geklärt hat das Gericht allerdings die Frage, ob dies auch für Vorhaben im Innenbereich gilt. Gem. § 21 Abs. 2 S. 1 BNatSchG ist der Eingriffsbegriff nicht auf Gebiete mit Bebauungsplänen oder im unbeplanten Innenbereich nach § 34 BauGB anzuwenden. Ob dies dann auch für den Eingriffsbegriff in § 39 a Abs. 9 NatSchG Bln gilt, ließ das Gericht ausdrücklich offen, da es sich bei dem der Klage zugrunde liegenden Fall um Außenbereich handelte. Die BLN vertrat dagegen die Ansicht, dass der Berliner Gesetzgeber den Eingriffsbegriff unabhängig von der bundesrechtlichen Regelung bestimmen könne. Der in § 14 Abs. 1 NatSchG Bln enthaltene Eingriffsbegriff enthält die o.g. Einschränkung des bundesrechtlichen Eingriffsbegriffs gerade nicht.